

Alternative für Deutschland

Die Fraktion der AfD in der
Stadtverordnetenversammlung Volkmarsen



<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Volkmarsen>

AfD – Fraktion Volkmarsen, Scheidwartstraße 6, 34471 Volkmarsen

An den Vorsitzenden der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Volkmarsen

Herrn Burkhard Scheele
Über den Gärten 5
34471 Volkmarsen

Volkmarsen, 11.07.2021

Stadtverordnetenversammlung am 13.07.2021

Änderungsantrag zu TOP 19, Abschaffung der Straßenbeitragssatzung

Sehr geehrter Herr Scheele,

bitte nehmen Sie folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Volkmarsen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Volkmarsen möge beschließen:

Der gemeinsame Antrag von der CDU- und FWG-Fraktion zur Abschaffung der Straßenbeitragssatzung wird wie folgt geändert:

1. Die Ziffer 3 wird wie folgt ersetzt:

Die Finanzierung der Beseitigung des Investitionsstaus i.H.v. jährlich etwa 300.000 € erfolgt zu gleichen Teilen über eine Entnahme aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses sowie über ein Abschmelzen der liquiden Mittel bis auf maximal des doppelten Bestandes des vorzuhaltenden Liquiditätspuffers. Reichen die liquiden Mittel zur Anteilsfinanzierung nicht (mehr) aus, so wird die Entnahme aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses entsprechend erhöht. Es ist anzustreben, dass geplante Investitionen in die Gemeindestraßen in dieser Höhe in zukünftigen Haushalten so eingeplant werden können, dass auf die vorgenannten Deckungsmöglichkeiten nicht zurückgegriffen werden muss.

2. Es wird eine neue Ziffer 5 eingefügt:

Zum Aufbau eines Finanzpolsters für grundlegende Aus- und Umbaumaßnahmen, welche nach grundsätzlich straßenbeitragspflichtig wären, wird ein Teil der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses i.H.v. 1.000.000 € in eine Straßenausbaurücklage umgliedert. Weitere 250.000 € aus dem zu erwartenden Jahresergebnis 2020 werden ebenfalls dieser Straßenausbaurücklage zugeführt. Aus zukünftigen, positiven Jahresergebnissen werden weiter jeweils 10 % dieser Rücklage zugeführt.

Begründung:

Zu 1.:

Eine Steuererhöhung zur Finanzierung von Erhaltungsaufwand bei den Gemeindestraßen lehnen wir grundsätzlich ab. Die Bürger sind u.a. durch Corona-Auswirkungen und durch Preissteigerungen im Bereich Energie und Kraftstoff mehr als genug belastet.


Zu 2.:

Grundhafte Aus- und Umbaumaßnahmen von Gemeindestraßen sind deutlich kostenintensiver als 300.000 €, zumal aus diesen in Antrag genannten Mitteln auch noch der Erhaltungsaufwand finanziert werden soll. Mit Abschaffung der Straßenbeitragssatzung muss daher ein ausreichendes Finanzpolster sichergestellt sind.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Vielen Dank

Mit freundlichen Grüßen



.....
Hakola Dippel, Fraktionsvorsitzender